



Unabhängige Bürgerinitiative für den Erhalt Badens

Sehr geehrte Badenerinnen und Badener,
liebe Unterstützer der Bürgerinitiative!

Ich darf Sie über den weiteren Verlauf in der Causa Bürgerinitiative gegen den Verein "Mein Baden" informieren. Am Freitag, dem 29. September 2017 fand im Landesgericht Wiener Neustadt die Verhandlung statt. Wie im vorherigen Schreiben an Sie angekündigt, hatten wir gegen den Verein wegen seines Beitrages im Juniblatt gem. § 6 MedienG einen Antrag auf Entschädigung eingebracht. Für den Verein "Mein Baden" erschien Herr Huber, der Mann von Frau Krismer.

Der Verein "Mein Baden" wurde freigesprochen. Das hat uns ziemlich verwundert und war somit der Wermutstropfen in unserer Aktion. Unser Antrag hatte jedoch unabhängig davon einen ganz großen Vorteil. Dieser ist darin zu sehen, daß wir nun vor Gericht aussagen und somit protokollieren lassen konnten, was es mit den "Fake News", die uns in der Ausgabe vom Juni 2017 in der Druckschrift "Mein Baden" vorgeworfen wurden, tatsächlich auf sich hat.

Man hat uns vorgeworfen "bezahlte Keiler, die für jede Unterschrift Geld sahen" zum Sammeln der Unterschriften für den Initiativantrag zur Rettung der berühmten Seidl (Kraus) Villa und des Restes des Parkes, somit des für Baden so wichtigen Ensembles, angeheuert zu haben. Vor Gericht wurde seitens der beklagten Partei eine Textpassage verlesen, in der ein Herr Georg Kastner erklärte, er wäre am Hauptplatz von einem Mann angesprochen und aufgefordert worden "er möge unterschreiben, damit er sich seine Pension aufbessern kann". Eine verwunderliche Aussage und völlig nichtssagend, denn von wem wurde denn Herr Kastner angesprochen? von wem wurde diesem Mann Geld versprochen? hat er tatsächlich Geld erhalten? wieviel wurde ihm bezahlt? und von wem, wann und wo wurde ihm das Geld übergeben? Auf das alles, nämlich die tatsächlich wichtigen Fragen, gab es offensichtlich keine Hinweise und somit auch keine Antwort.

Ich konnte demgegenüber im Namen der Bürgerinitiative dezidiert aussagen, daß

1. Die Aussage, daß seitens der Bürgerinitiative "Keiler" angeheuert wurden, unrichtig ist
2. Die Aussage, daß für das Sammeln von Unterschriften Geld geflossen ist, unrichtig ist
3. Wenn solche Aussagen getätigt werden, das auch nachgewiesen werden muß und
4. Daß es nicht unser Stil ist und wir es auch gar nicht notwendig haben, solche Anheuerungsaktionen durchzuführen.

Derartige Aktionen brauchen wir somit nicht. Wir sind unabhängig und keine politische Partei. In diesem Zusammenhang ein kleines amüsanter Detail: die Richterin erklärte mir, quasi auch als Begründung für die Ablehnung, daß ein politisch Tätiger eben mehr aushalten müsse als ein Normalbürger. Vorher hatte sie mich aber ausführlich befragt, ob ich politisch aktiv wäre oder zu einer politischen Partei Affinität hätte, was ich verneint habe.

Vom Anwalt des Vereines "Mein Baden" wurde ich auch gefragt, ob August Breininger Mitglied unserer Bürgerinitiative ist. Offensichtlich war man bestrebt, politische Konnexe herzustellen und somit die Tatsache unserer Unabhängigkeit zu untergraben. Der Wahrheit entsprechend habe ich geantwortet, daß August Breininger nicht Mitglied unserer Bürgerinitiative ist, er aber sehr wohl den Initiativantrag unterschrieben hat.

Mit einigem Stolz und Genugtuung konnte ich dem Gericht auch mitteilen, daß die Zahl der für den Initiativantrag benötigten 300 Unterschriften auf mehr als das Doppelte von über 700 überschritten wurde und daß auch die Zustimmung zu unserem Initiativantrag eine Eigendynamik entwickelt hat, nämlich in dem Sinn, daß immer mehr Badener Bürger die Richtigkeit und die Notwendigkeit unseres Initiativantrages erkannten und sich dafür einsetzten.

Auch die Aussage, daß "die Villa abgerissen wird, würde man nicht unterschreiben", entbehrt jeder Grundlage. Da hätte man sich besser den Initiativantrag durchlesen sollen, auf dem nämlich steht, daß "nun wegen des Baus von geplanten Wohnblöcken eine massive Beeinträchtigung des dortigen Ensembles, wenn nicht sogar der Abriss der nicht denkmalgeschützten Villa (Kraus-Villa) droht." Ist ja auch irgendwie verständlich, wenn man bedenkt, daß sie der Gewinnmaximierung des Baukonzerns hinderlich sein kann und zudem nicht unter Denkmalschutz steht, eine Tatsache, auf die wir die Gemeinde erst mühsam aufmerksam machen mußten (siehe www.buergerbaden.at Leserbrief von Gemeinderat Habres). Am Ende der Verhandlung brachte ich, quasi als Schlußwort, noch ein Bonmot aus Architektenkreisen: "Bad Vöslau, das waren keine Bomben, das waren die Bürgermeister".

Als Zusammenfassung darf ich somit festhalten, daß die Gerichtsverhandlung sehr viel Licht in die von "Mein Baden" angezettelte eher ungünstige Aktion - vermutlich entsprechend dem neuen Stil in der Politik- gebracht hat und wir somit froh sind, den Prozeß angestrengt zu haben. Die daraus zu ziehende Konklusion ist somit, daß der in der Juniausgabe von "Mein Baden" publizierte Artikel gegen uns tatsächlich die Bezeichnung verdient, die damals verwendet wurde: Fake News.

Mit besten Grüßen

Karl Zweymüller

Baden, am 2. Oktober 2017

Quelle : „Extra“ vom 24. Juni 2017
Ausgabe: „ Eine Oase der Seligkeit“
Herausgeber: Verein „Mein Baden“